

**Elkhabar, algerische Tageszeitung**

16.04.2009

*Neben Verfolgung auf See*

## **Behörden suchen illegale Auswanderer in den Vierteln und Straßen**

*von Mohammed Sharaq*

Die Sicherheitsorgane wenden bei der Bekämpfung der illegalen Migration eine neue Strategie an. Sie beruht auf "sicherheitsbezogener Aufklärung" in den Städten und Vierteln, die für das Schleusen von jungen Leuten übers Meer bekannt sind. Die neue Vorgehensweise vermochte gleich in der ersten Phase ihrer Umsetzung, Aktivitäten dieses "Gewerbes" zu vereiteln. Vertreter der Generalverwaltung der Küstenwache teilten mit, ihre Einheiten hätten die Zusammenarbeit mit den Einheiten anderer Sicherheitsorgane, den maritimen Fischereiverwaltungen, den Hafenverwaltungen und regulären Nutzern des Küstenbereiches intensiviert, um Versuche klandestiner Migration zu vereiteln. Daneben haben die Sicherheitsorgane ihre Ermittlungsaktivitäten über die Pläne der Auswanderungswilligen in den Städten und Vierteln intensiviert, die als fruchtbarer Boden gelten für junge Leute, die davon träumen, ans andere Ufer zu gelangen.

Gouverneure, von deren Provinzen aus die Jugendlichen ihre Auswanderung starten (insbesondere den Küstenprovinzen) hatten sämtliche Seiten, die in die "maritime Arbeit" involviert sind, angeschrieben - angefangen von der Küstenwache, den Hafeneinheiten der Fischereiverwaltungen bis zu den Verwaltungsbehörden der Bezirks- und Gemeindevorsteher. So wurde die Überwachung der Küsten und eine Vervielfachung von Patrouillen insbesondere nachts angestoßen, um Versuche klandestiner Migration zu verhindern. Entsprechend haben die Fischereiverwaltungen eine komplette Zählung der zu ihr gehörenden Boote durchgeführt und umfassende Kennkarten erstellt, die bei der Küstenwache und den Sicherheitsorganen registriert sind. Zuvor waren einige Boote verloren gegangen, und Befragungen von Jugendlichen, deren Überfahrt ans gegenüberliegende Ufer gescheitert war, hatten gezeigt, dass die Boote regulären Fischern gehörten. Gleiches war vergangenen Sommer in der Provinz Boumerdes geschehen, als ein Boot aus dem neuen Hafen von Dellys von sechs jungen Leuten gestohlen wurde, denen es gelang, die algerische Küste hinter sich zu lassen.

Die Anschreiben der Gouverneure waren an die zuständigen Stellen gesandt worden, nachdem es in Berichten der Sicherheitsorgane der verschiedenen Küstenprovinzen geheißen hatte, es gäbe Aktivitäten junger Leute, die "Pläne" zur Ausreise schmiedeten. Unserer Zeitung liegt ein Anschreiben des Gouverneurs von Boumerdes von vor drei Tagen vor, das an die Bezirksvorsteher von Bordj Ménaïl und Dellys gerichtet ist. Darin weist sie der Gouverneur auf die Notwendigkeit hin, "den Verantwortlichen an den Küsten der Provinz Anweisungen zu geben, um einen Versuch klandestiner Auswanderung von 10 Personen von der Meeresküste von Cape Djenat Richtung Spanien zu verhindern".

Für gewöhnlich beobachten die zuständigen Organe die jungen Leute, die vom Weggehen träumen. Diese planen keine Flucht von einer Küste nahe ihrer Wohnorte, vielmehr greifen sie auf Küstenabschnitte einer anderen Provinz zurück, um die Spuren ihrer Aktivitäten zu verwischen. Es heißt, dass sich vor ein paar Tagen neun Jugendliche aus Algier zur Küste von Sidi Salem (Provinz Annaba) begeben haben, um die italienische Insel Sardinien zu erreichen. Ihr Versuch, den heimatlichen Boden zu verlassen, war erfolgreich. Die Maßnahmen, die Schlinge um die illegale Auswanderung

enger zu ziehen und Versuche klandestiner Migration zunichte zu machen, sind im Zusammenhang mit dem Wunsch der Behörden zu sehen, die ständige Anwendung des neuen Gesetzes zu vermeiden, das irreguläre Auswanderung unter Strafe stellt. Dazu sollen die Pläne dieser Menschen durchkreuzt werden, bevor sie die Boote besteigen. Vorher hatte es einen Aufschrei seitens Parteien und Menschenrechtsorganisationen wegen des Gesetzes gegeben. Es sieht die Verhängung einer sechsmonatigen Haftstrafe gegen die Betroffenen vor. Die Kritiker argumentierten damit, dass "die verschlechterte soziale Lage und die Arbeitslosigkeit als Hauptmotiv fürs Auswandern anzusehen sind". Die Sicherheitsorgane konzentrieren sich indessen auf die Zerschlagung der Schleuserorganisationen, welche durch das Gesetz härter bestraft werden als die auswandernden Jugendlichen.

Die erwähnten Maßnahmen sind auch eine Reaktion auf die Kritik internationale Partner bei der Bekämpfung der illegalen Migration. So hatte der Vizepräsident der EU-Kommission und Kommissar für Justiz und Freiheit, der Franzose Jacques Barrot, Algerien heftig kritisiert, weil es "die Reaktivierung der Abkommen ablehnt, die es mit der Europäischen Union verbinden, und sich dabei zurückhält, strengere Maßnahmen gegen Schlepperorganisationen zu ergreifen". Barrot äußerte seine Kritik trotz der neuen Gesetze, die für die Hintermänner der klandestinen Migration harte Strafen vorsehen.

*Übersetzung aus dem Arabischen durch das Antirassismus-Projekt im AStA der Carl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg*